

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Josef Bucher, Mag. Rainer Widmann
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Zahlungsstopp bzw. kein weiterer Euro nach Griechenland ohne Sicherheiten!

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt 4: Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der Bundesministerin für Finanzen betreffend EU-Jahresvorschau 2012 zum jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission bzw. des Rates (III-307/1778 d.B.) in der Sitzung des Nationalrates am 16. Mai 2012

Das seitens der Europäischen Union erzwungene Kaputtsparen in Griechenland hat nunmehr zu einer völlig destabilisierten politischen Lage geführt, wovor das BZÖ immer wieder gewarnt hat.

Diese Ansicht teilten unter anderem auch Experten, wie beispielsweise Markus Marterbauer:

„Es ist gefährlich jetzt diesen Sozialstaat zu zerschlagen, das passiert aber gerade in Griechenland, Portugal, Irland und anderen Ländern. Man bedenkt zu wenig, dass diese massiven Kürzungen bei den Sozialausgaben die Wirtschaftsleistung einbrechen lassen, die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen und damit aber wieder die Steuereinnahmen nach unten drücken und so die Budgetziele verfehlt werden.“

Die Bildung einer neuen Regierung in Griechenland ist gescheitert. Am 17. Juni werden Neuwahlen stattfinden und es ist mit starken Zugewinnen jener Parteien zu rechnen, die die weitere Bedienung der Staatsschulden ablehnen, so dass schon heute feststeht, dass Österreich die bislang übernommenen Kredite und Haftungen niemals wieder sehen wird.

Davor haben das BZÖ, aber auch zahlreiche Experten seit längerem gewarnt:

„Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher von den bereits bar nach Griechenland gezahlten Steuergeldern für immer verabschieden müssen, ist schon fast zur Gewissheit geworden.“ so ein Auszug aus einer Dringlichen Anfrage des BZÖ vom 21. September 2011.

Dies wurde jüngst von Bernhard Felderer bestätigt, der im Kurier vom 10. Mai 2012 feststellte:

„Ich gehe davon aus, dass wir das Geld von Griechenland nicht zurückbekommen.“

Die Situation sei "sehr ernst" zu nehmen, sagte am Donnerstag der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und EZB-Rat Ewald Nowotny. Die Risiken seien gestiegen. APA267 10. Mai 2012

Trotz der Vorhersehbarkeit dieser drastischen Entwicklungen in Griechenland hat diese Bundesregierung kontinuierliche Realitätsverweigerung betrieben, wie nachfolgende Chronologie – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eindrucksvoll bestätigt:

24. März 2010

Faymann im EU-HA:

Er erwarte keine Beschlüsse über etwaige Hilfsmaßnahmen innerhalb der EU, weil Griechenland wahrscheinlich keinen Antrag stellen werde.

25. März 2010

Bereits am nächsten Tag, 25. März 2010 wurde von Faymann folgender Beschluss der Staats- und Regierungschefs mitgetragen:

„... Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sind bereit, im Rahmen eines Pakts, das eine erhebliche Finanzierung durch den IWF und einen Mehrheitsanteil aus europäischen Finanzmitteln umfasst, zu koordinierten bilateralen Darlehen beizutragen.“

23. April 2010

Vier Wochen später – am 23. April 2010 **suchte Griechenland formell um Hilfe an.**

18. Mai 2010

Bereits am 18. Mai 2010 **überwies der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler die ersten 451,7 Mio Euro nach Griechenland!**

5. Mai 2010

Finanzminister Pröll in Beantwortung einer Dringlichen Anfrage von KO Bucher

Wir gehen von einer vollständigen Rückzahlung des Kredits samt Zinsen aus.
(Ironische Heiterkeit bei FPÖ und BZÖ. – Abg. Mag. Stadler: Es darf gelacht werden!)

21. September 2011

Finanzministerin Fekter in Beantwortung einer Dringlichen Anfrage des BZÖ:

Wenn Griechenland seine Verpflichtungen erfüllt, zeigen die Modelle, dass Griechenland die Hilfsmittel zurückzahlen kann, (...).

20. Oktober 2011

Bundeskanzler Faymann:

Es besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen übernommenen Haftungen und Steuerbelastungen. Wir sind bemüht, bei allen für die Krisenbewältigung notwendigen Maßnahmen auch auf europäischer Ebene die Belastung für die Steuerzahler und für die Wirtschaft in Österreich zu minimieren.

Wie eingangs bereits dargelegt hat sich diese Bundesregierung in ihrer Einschätzung betreffend die Entwicklungen in Griechenland und die Rückzahlungswahrscheinlichkeit der gewährten Kredite massiv verschätzt. Das BZÖ tritt daher weiterhin mit Nachdruck für einen Zahlungsstopp an Griechenland ein bzw. verlangt zurnindest als zwingende Voraussetzung für die Gewährung weiterer Gelder an Griechenland entsprechende Sicherheiten.

Aus den dargelegten Gründen und nicht zuletzt im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung bzw. insbesondere die Bundesministerin für Finanzen werden aufgefordert, für einen Zahlungsstopp an Griechenland einzutreten bzw. weitere Zahlungen an Griechenland zumindest an entsprechende Garantien und Sicherheiten zu knüpfen.“

Wien, 16. Mai 2012